

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 785

Mittwoch, 2. August 2023

30. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Kardinal Ramazzini ruft dazu auf, vereint die Demokratie des Landes zu verteidigen.....	1
SEMILLA befürchtet eine Manipulation der von der FECCI beschlagnahmten Dokumente.....	2
Torres spricht über ihren Regierungsplan und darüber, dass sie Allianzen im Kongress suchen wird....	4
Arévalo verspricht, die Korruption in der Exekutive und Legislative zu bekämpfen.....	4
UNE und SEMILLA kündigen jeweils eine Kabinettsliste an – noch vor dem Wahlgang.....	5
In eigener Sache: Noch eine Ausgabe am 16.08., dann eine kurze Sommerpause.....	6

Kardinal Ramazzini ruft dazu auf, vereint die Demokratie des Landes zu verteidigen

Guatemala-Stadt, 27. Juli - Kardinal Álvaro Ramazzini rief die Bevölkerung dazu auf, sich angesichts der aktuellen politischen Krise im Land zu vereinen, um die Demokratie und den Willen des Volkes zu verteidigen, der sich in den allgemeinen Wahlen vom 25. Juni widerspiegelt.

Die Botschaft wurde in einem Video durch das Sekretariat für soziale Kommunikation der Bischofskonferenz übermittelt. Diese Botschaft wurde von der «Nationalen Konvergenz des friedlichen Widerstands» herausgegeben. In ihr wird die Einmischung in den Wahlprozess seit der ersten Runde mit Sorge betrachtet.

"Wir möchten darauf hinweisen, dass die guatemalteckischen Behörden vor, während und nach der ersten Runde der Wahlen Handlungen begangen haben, bei denen sie ihre Autorität missbraucht haben und vor allem daran interessiert waren, die von den Wähler*innen geäußerten Wünsche zu unterdrücken", so Ramazzini.

Die Erklärung der Nationalen Konvergenz des Friedlichen Widerstands kritisiert auch auf die Massnahmen, die die Staatsanwaltschaft (MP) über ihre Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECCI) mit Hilfe des Richters Fredy Orellana gegen die Behörden des Obersten Wahlgerichts und die SEMILLA-Bewegung ergriffen haben. Dies habe die Konvergenz veranlasst, über die Notwendigkeit nachzudenken, eine Einheit in der Bevölkerung zu schaffen..

Der Kardinal sagte, dass nach diesem Wahlprozess klar sein muss, dass dieses Land wieder ein Ort sein muss, an dem die allgemeine Menschenrechte geachtet und die staatlichen Pflichten erfüllt werden. Deshalb rufe die Konvergenz alle Organisationen, Kollektive, angestammte Autorität*innen, Territorien und die Bevölkerung im Allgemeinen dazu auf, sich zusammenzuschliessen.

Ziel eines solchen Zusammenschlusses für Demokratie sei es, mit friedlichen Mitteln den Wahlprozess zu verteidigen und die Putschversuche zu stoppen, die in den vergangenen Wochen unternommen worden seien.

"Wir wollen diesen Aufruf starten, damit wir uns vereinigen und eine Gemeinsame Front Demokratie bilden können. Diejenigen, die diese Botschaft hören, sollten ihren Geist öffnen, um eine Kraft zu werden, die ohne Gewaltanwendung die Rechte durchsetzen kann, die wir als Bürger*innen haben. Wir haben genug von diesem Spiel, bei dem die Rechte der Bevölkerung verletzt und die Demokratie aufs Spiel gesetzt wird", fügte Ramazzini hinzu.

Mit dieser Botschaft erinnerten die Aufrufenden an die Notwendigkeit, dass ein solches gesellschaftliches Kollektiv in der Lage sein müsse, jede Aktion ohne Gewaltanwendung durchzuführen, um der Regierung keinen Vorwand zu liefern, diese Formen des Widerstands, die von den Bürger*innen vorgebracht werden, anzugreifen.

Weiterhin hofften sie, dass die gewählten Autorität*innen in den Gemeinden und im Kongress der Republik in der Lage sein werden, zum Wohle der Bevölkerung zu arbeiten und dass sie sich zusammenschliessen werden, um den Frieden und die Gerechtigkeit zu suchen, die die Bevölkerung verdient. (...)

Seit dem ersten Wahlgang sind Parteien, die mit der Regierungspartei und der Staatsanwaltschaft (MP) verbündet sind, entschlossen, den Prozess für den zweiten Wahlgang zu behindern. Derzeit läuft ein Strafverfahren, in dem die FECI versucht hat, die Partei SEMILLA am Einzug in den zweiten Wahlgang zu hindern, indem sie ihr den Rechtsstatus entzogen hat. Seitdem ist die Bevölkerung – *wie in der letzten ¡Fijáte! berichtet* - auf die Strasse gegangen, um ihre Unzufriedenheit zu demonstrieren und den Rücktritt der MP-Chefin Consuelo Porras, des FECI-Leiters, Rafael Curruchiche und des Richters Fredy Orellana vom Siebten Gerichtshof zu fordern. (Prensa Comunitaria)

SEMILLA befürchtet eine Manipulation der von der FECI beschlagnahmten Dokumente

Guatemala, 27. Juli - Die SEMILLA-Bewegung ist misstrauisch gegenüber den Absichten der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) nach den Razzien, die in den letzten Wochen in der Abteilung für politische Organisationen des Bürgerregisters, im Obersten Wahlgerichtshof (TSE) und im Hauptquartier der Partei durchgeführt wurden. Sie befürchten, dass die Staatsanwaltschaft und der siebte Strafrichter, Fredy Orellana, versuchen könnten, die sichergestellten Beweise, mit denen sie sich gegen die Aufhebung der Rechtspersönlichkeit der Partei wehren könnten, zu unter schlagen, zu manipulieren oder verschwinden zu lassen. All dies in dem Bestreben, sie aus der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen herauszuwerfen.

Darüber hinaus fordert die Partei seit drei Monaten Einsicht in die Akte, die die Razzien begründete. Sie befürchtet, dass diese für vertraulich erklärt werden könnte, um sie in ihrer Verteidigung zu behindern.

In den letzten Wochen hat die Staatsanwaltschaft (MP) wegen der Fälschung einer Unterschrift gegen die Partei ermittelt, die angeblich 2017 gesammelt wurde, als die Gruppe Unterstützung von Personen sammelte, um eine politische Basis für eine Partei zu begründen. Im Jahr 2019 behauptete eine dieser Personen, ohne ihre Zustimmung aufgenommen worden zu sein. Nun behauptet die FECI, dass weitere 5.000 Personen unrechtmässig aufgenommen worden seien und 7 Q für den Beitritt bezahlt wurden. Bisher haben die Gerichte SEMILLA geschützt, aber nichts hat die weitere Verfolgung des Falles aufgehalten.

Aus diesem Grund schilderten ein ehemaliger FECI-Staatsanwalt, ein Strafrechtler und zwei SEMILLA-Anwält*innen die Razzia in der Parteizentrale, wiesen auf einige Ungereimtheiten im Verfahren hin und erklärten, wie es hätte ablaufen sollen.

Implantation als Möglichkeit

Am 21. Juli um 11.00 Uhr durchsuchten Polizist*innen und FECI-Mitarbeiter*innen unter der Leitung von Staatsanwältin Leonor Morales Lazo die Büros der SEMILLA-Zentrale in der Zone 1 der Hauptstadt. Fünf Personen aus dem Verwaltungsbereich befanden sich darin und wurden während der fünfstündigen Durchsuchung festgenommen.

Hugo Bautista, der am Vortag zum Anwaltsteam der Partei gestossen war und als zweitplatziertes Kandidat für das Departement San Marcos kandidierte, sagte, er sei der erste gewesen, der nach Bekanntwerden der Nachricht am Sitz eingetroffen sei. Das Verfahren war fünf bis zehn Minuten alt. Es dauerte weitere 10 Minuten, bis die Polizei ihm den Zutritt erlaubte. Bautista sagte, er habe die richterliche Anordnung überprüft, die auch dem Leiter der Parteizentrale gezeigt wurde, aber er wisse nicht, ob die Staatsanwaltschaft in den Minuten, die er zum Betreten brauchte, den SEMILLA-Mitarbeiter*innen erklärt habe, wie das Verfahren ablaufen würde.

Laut Oscar Colindres, einem Strafverteidiger, ist die MP gesetzlich verpflichtet, zu erklären, wer den Durchsuchungsbe fehl genehmigt hat, was entnommen wird und wie der Prozess abläuft. Bislang gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass diese Vorschrift eingehalten wurde.

Als Bautista gefragt wurde, ob die Generaldirektion der Kriminalpolizei (DICRI), die für die Bearbeitung des Tatorts und die Verpackung zuständig ist, gelbes Klebeband zur Abgrenzung des Arbeitsbereichs angebracht hat, verneinte der Anwalt. Das Handbuch der Normen und Verfahren für die Bearbeitung von Tatorten besagt, dass die MP den Tatort im Allgemeinen fixieren und ihn mit dem gelben "Beweismittel"-Band umgeben muss, um den Arbeitsbereich abzugrenzen. Danach muss man einen Plan für die Suche nach Beweismitteln und eine Skizze für deren Verarbeitung erstellen. Das Sammeln und Verpacken von Beweismitteln ist der Beginn der Beweiskette und bezieht sich darauf, wie die Beweismittel sortiert werden, um ihre Erhaltung und ihren Schutz zu gewährleisten.

Der Rest der Sorgfalt schien reibungslos verlaufen zu sein und die Partei bemerkte keine Anomalien im Verpackungsprozess, aber Bautista sagte, dass die FECI "kein Inventar von dem gemacht hat, was sie mitgenommen hat". (...)

Juan Francisco Sandoval, ehemaliger Leiter der FECCI, der seit zwei Jahren im Exil lebt, weil die MP ihn strafrechtlich verfolgt, stimmte Bautista zu, dass kein Inventar erstellt wurde, und erklärte, dass die MP, wenn sie Beweise beschlagnahmt, ein Dokument erstellen muss, in dem die erlangten Informationen aufgelistet sind, um zu wissen, woher sie stammen. Andernfalls könne es zu einer Manipulation der Dokumentation kommen, warnte er.

Währenddessen äusserten Andrea Reyes, Rechtsanwältin und gewählte Abgeordnete der Partei, und Juan Guerrero Garnica, Mitglied von SEMILLA, ausserhalb des Hauptquartiers ihre Besorgnis über die Möglichkeit einer Unterschlagung von Beweisen. Diese Sorge sei nicht unbegründet. Vor allem, weil es sich um einen Präzedenzfall handelt, wie im Fall der ehemaligen Staatsanwältin Virginia Laparra, die im Dezember letzten Jahres zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde oder im Fall der ehemaligen Staatsanwältin Samari Gómez, "der ein verbotenes Beweismittel untergeschoben wurde", so der ehemalige FECCI-Staatsanwalt Sandoval.

"Alles, was sie von uns verlangt haben, ist bereits in ihrem Besitz. Es ist ein Akt der Einschüchterung, sie haben uns das Recht verweigert, unsere Verteidigung auszuüben", so Reyes gegenüber den Medien.

SEMILLA und Sandoval halten die Art der Razzien für illegal, da sie von einem*r Richter*in angeordnet wurden, obwohl die Gerichte die Partei vorläufig geschützt hatten. Ausserdem besagt das Gesetz über Wahlen und politische Parteien, dass keine Partei während des Wahlprozesses aufgelöst werden kann. Nach Informationen in sozialen Netzwerken wurde der Durchsuchungsbefehl für den Sitz von SEMILLA am 12. Juli genehmigt, um Informationen von den Abgeordneten Samuel Pérez, Alberto Sánchez und anderen zu erhalten, wurde aber erst am 21. Juli vollstreckt.

Prensa Comunitaria fragte bei der Presseabteilung und bei Sergio Antillón vom Büro für politische Organisationen des TSE nach, wie viele Parteien derzeit wegen fragwürdiger Mitgliedsunterschriften untersucht werden, erhielt jedoch keine Antwort.

Der Prozess der Beweiskette

Bei einer Durchsuchung, Beschlagnahme und Sicherstellung von Informationen muss die Staatsanwaltschaft dem*r Richter*in ein Dokument vorlegen, das der Strafverteidiger Oscar Colindres als "Timeline" bezeichnet und in dem die angeforderten Informationen, die richterliche Genehmigung und das Inventar der beschlagnahmten Gegenstände festgehalten werden. "Das Dokument über die angeforderten Informationen muss mit dem Dokument über die beschlagnahmten Gegenstände übereinstimmen", betonte Colindres.

Bei dieser Anhörung hat der*die Richter*in die Aufgabe, die beschlagnahmten Beweismittel für die spätere Bearbeitung zu validieren. Wenn die Verteidiger*innen einen Fehler im Verfahren entdecken, müssen sie ihn in dieser Anhörung aufdecken, aber erst wenn der endgültige Bericht vorliegt, bei der ersten Anhörung, wird es möglich sein, festzustellen, ob es Fehler bei der Durchsuchung, Beschlagnahme und Sicherstellung gegeben hat oder nicht, sagte der Strafverteidiger.

Die Anwält*innen von SEMILLA erklärten jedoch, dass sie nicht zu der Anhörung vorgeladen wurden und bis heute keine Vorladung erhalten hätten. Die Mängel in der Beweiskette, so die These von Norma Martínez aus dem Jahr 2013, könnten dazu führen, dass "die physische Struktur des Beweismaterials ausgetauscht, zerstört, verfälscht oder verunreinigt wird, sodass wir es mit illegitimen Beweisen zu tun haben". Einige dieser Mängel reichen von teilweise verschlossenen Beuteln, fehlerhaften Beschreibungen, dem Fehlen des Namens, der Unterschrift oder des Siegels der Person, die die Beweise gesammelt haben, bis hin zur fehlenden Dokumentation vor Ort einer detaillierten Beschreibung der forensischen Beweise, des Ortes und der Zeit des Auffindens und des Ortes, an den sie geschickt wurden.

Nach der Razzia im Hauptquartier bemerkten einige Bürger*innen, dass ein MP-Tatorttechniker die Demonstrierenden und die Presse auf Video aufzeichnete. Dies verstärkte das Misstrauen in den Prozess.

Ein offizielles Schreiben mit einer Frist von zwei Stunden

Zu Beginn der Razzia in der SEMILLA-Zentrale legte die MP ein offizielles, von Richter Orellana unterzeichnetes Schreiben vor, in dem sie der Partei eine Frist von zwei Stunden setzte, um zwei Dokumente über die Haftung von Personen vorzulegen, andernfalls würde sie sich des Verbrechens der Behinderung der Justiz schuldig machen.

Guerrero Garnica sagte, dass Bautista die Staatsanwaltschaft gebeten habe, einen Protest im Protokoll der Verhandlung zu vermerken, weil es "materiell unmöglich war, diese Frist einzuhalten, da die Büros der Partei durchsucht wurden und sie keinen Zugang zu den Dokumenten hatten".

Anwalt Colindres fügte jedoch hinzu, dass es der Partei obliege, schriftlich zu begründen, warum sie der richterlichen Anordnung nicht nachkommen könne, was sie laut Bautista nicht getan habe.

Andererseits bestätigte Guerrero Garnica am 25. Juli, dass die FECCI und Richter Orellana hinter einem Verwaltungsvertrag stehen, den SEMILLA mit einer Person unterzeichnete, die die Mitgliederlisten und das Kontrollbuch führen sollte.

Kopien davon sollen der Staatsanwaltschaft im vergangenen März vorgelegt worden sein.

Die Anwält*innen räumten ein, dass sie wüssten, wer der Beschwerdeführer ist. Sie nannten seinen Namen nicht, sagten aber, dass er ein Funktionär der Unionistischen Partei sei. "Als er die Beschwerde einreichte und eine Expertenprüfung durchgeführt wurde, wurde festgestellt, dass es nicht seine Unterschrift auf dem Beitrittsbogen war. Deshalb hat SEMILLA die Person angezeigt, die das Beitrittsformular auf seinen Namen ausgestellt hatte", sagte er.

Am 19. Juli nahm der Richter Orellana die Aussage der*s Zeug*innen unter Vorbehalt auf. SEMILLA erhob Einspruch, der jedoch zurückgewiesen wurde, sodass der Fall weiterverhandelt wird. (Prensa Comunitaria)

Torres spricht über ihren Regierungsplan und darüber, dass sie Allianzen im Kongress suchen wird.

Guatemala, 27. Juli - In einem Interview mit dem Atlantic Council in den USA hat die Kandidatin der UNE die rechtlich unklare Situation der Partei SEMILLA scharf kritisiert und die Kandidat*innen um Erklärungen gebeten.

Die Präsidentschaftskandidatin der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE), Sandra Torres, hob die Strategie hervor, Allianzen im Kongress zu suchen, um Gesetze zu erlassen. "Die politische Kraft (im Kongress) ist auf 15 politische Parteien aufgeteilt, was bedeutet, dass es Vereinbarungen geben wird, aber nicht hinter verschlossenen Türen, sondern offen", sagte sie. Sie argumentierte, dass jeder politisch erfahrene Mensch wisse, dass in der Legislative Vereinbarungen getroffen werden müssten, damit Gesetze verabschiedet werden könnten. Torres nahm an dem Interview mit dem Atlantikrat teil, in dem sie darauf hinwies, dass sich ihr Arbeitsplan, falls sie gewählt wird, auf die vier Hauptthemen Ordnung, Sicherheit, Beschäftigung und sozialen Schutz konzentrieren werde.

Sie betonte, dass der Plan alle Sektoren des Landes, einschliesslich des Privatsektors und der internationalen Gemeinschaft, einbeziehen werde. Sie erkannte an, dass die Vereinigten Staaten eine grundlegende und strategische Rolle für die wirtschaftlichen Perspektiven Guatemalas spielen. Darüber hinaus sagte sie, dass eine von ihr geführte Regierung keine Korruption dulden werde und eine digitale Regierung mit offenen Prozessen und Rechenschaftspflicht anstrebe, um eine gesellschaftliche Kontrolle über ihre Tätigkeit zu erreichen.

Über den Prozess

Sandra Torres bezog sich auch auf die Tage nach der ersten Runde, als die Ergebnisse erst gut zwei Wochen nach der Wahl bekannt gegeben wurden. In diesem Zusammenhang hatte die Kandidatin erklärt, dass sie keinen Wahlkampf führen werde, solange die Lage nicht klar sei. Sie erklärt nun, dass sich ihre Kampagne auf den Besuch der Gebiete konzentrieren wird, in denen sie die Wahl nicht gewonnen habe, d. h. auf die ländlichen Gebiete. Sie räumte ein, dass eine Wahlreform notwendig sei, sagte aber nicht, wie die UNE-Fraktion in der Legislative diese unterstützen würde. Was den zweiten Wahlgang betrifft, so versicherte sie, dass die gesetzlichen Fristen eingehalten worden seien und die Wahl am 20. August stattfinden werde.

Fordert Erklärung über (angebliche) Unregelmässigkeiten bei SEMILLA

Während des Gesprächs wetterte Torres gegen die rechtliche Situation der gegnerischen Partei SEMILLA. Sie forderte den Präsidentschaftskandidaten Bernardo Arévalo auf, die Öffentlichkeit über die von der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) behaupteten falschen Unterschriften bei der Gründung der Partei aufzuklären. (Prensa Libre)

Arévalo verspricht, die Korruption in der Exekutive und Legislative zu bekämpfen

Guatemala, 27. Juli - Der Präsidentschaftskandidat der Bewegung SEMILLA, Bernardo Arévalo, versicherte in einem Interview mit dem Atlantic Council, dass er im Falle seiner Wahl systematisch gegen Korruption vorgehen werde. Als ersten Punkt betonte er, dass der Kampf gegen die Korruption eine Priorität in seiner Regierung sein werde, beispielsweise durch die Einsetzung eines entsprechenden Ausschusses.

Laut Arévalo haben die Abgeordneten, die 2024 ihr Amt antreten werden, bereits festgelegt, mit wem sie im Kongress in ganz bestimmten Fragen zusammenarbeiten können. Er räumte ein, dass seine Partei keine Mehrheit in der Legislative habe, so dass sie sich auf Fraktionen mit ähnlicher Agenda verlassen würde. Sie werde versuchen, die Institutionen zurückzuerobern, damit sie die entsprechenden Massnahmen entwickeln können.

Er sagte, dass die Partei im Kongress Allianzen suchen werde, die es ihr ermöglichen, ihre Agenda zu erfüllen und dass sie auch versuchen werde, mit der Korruption innerhalb dieses Gremiums zu brechen.

"Wir wissen, dass sich die Anreize zur Aufrechterhaltung dieser korrupten Allianz, die den Kongress in den letzten Jahren geprägt hat, ändern werden müssen, weil das Schlüsselement für diese Korruption der Staatshaushalt ist, den eine von ihm geführte Regierung nicht mehr für diese Aktionen zur Verfügung stellen würde", sagte er.

Der Atlantic Council ist eine Denkfabrik, die sich auf sicherheitspolitische, wirtschaftliche und politische Fragen konzentriert und Expert*innen aus verschiedenen US-Organisationen zusammenbringt. Sandra Torres, Kandidatin der Partei Unidad de la Esperanza Nacional (UNE), wurde ebenfalls eingeladen. (s.o.)

Aussenpolitische Zusammenarbeit

Auf die Frage nach der Rolle der Vereinigten Staaten bei der wirtschaftlichen Entwicklung Guatemalas antwortete der Präsidentschaftskandidat, dass die Interessenlage ähnlich sei, da das Land ausländische Investoren anziehen wolle, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Für dieses Ziel braucht das Land Rechtssicherheit.

Ein weiteres Thema, das für beide Länder von Interesse ist, ist die Migration. Arévalo versprach, dass er die notwendigen Voraussetzungen im Land schaffen werde, damit die Bürger*innen nicht in die Vereinigten Staaten auswandern müssten. Während der Verwirklichung dieses Ziels würden Anstrengungen unternommen, um die Menschen zu schützen, die die Reise antreten. Was den Privatsektor Guatemalas betrifft, so erkannte er dessen Bedeutung an und erklärte, dass die Regierung nicht vorhabe, sich zu einem Wirtschaftsakteur zu machen, sondern Unterstützung und Regulierung bieten werde.

Er reiste nicht wegen möglicher Gefangennahmen

Arévalo erwähnte, er sei besorgt darüber, dass die Partei weiterhin Opfer politischer Verfolgung sei. Das Interview wurde virtuell geführt, der Kandidat begründete, dass er nicht nach Washington gereist sei, weil 12 bis 16 Parteimitglieder verhaftet werden könnten. (Prensa Libre)

UNE und SEMILLA kündigen jeweils eine Kabinettsliste an – noch vor dem Wahlgang

Guatemala, 25. Juli - Sowohl UNE als auch SEMILLA erklären sich bereit, ihre künftigen Kabinettsliste vor dem 20. August zu präsentieren.

Die Entscheidung über die Präsidentschaft Guatemalas wird zwischen Sandra Torres und Bernardo Arévalo fallen, den Kandidat*innen, die bei den letzten Wahlen am 25. Juni die meisten Stimmen erhielten und daher die zweite Runde erreichten. Beide Kandidat*innen haben sich selbst verpflichtet, ihr künftiges Kabinett vor dem zweiten Wahlgang bekannt zu geben. In der Vergangenheit hat keine*r der Kandidat*innen, die sich im zweiten Wahlgang um die Präsidentschaft beworben haben, deren künftiges Kabinett vorgestellt, auch nicht teilweise.

Nach Ansicht von Analyst*innen ist das Verschweigen der Namen ihrer Kabinettsriege auf mögliche Allianzen zwischen den Parteien auf der Suche nach Unterstützung zurückzuführen, weshalb das Kabinett nach dem zweiten Wahlgang, meist erst kurz vor der Amtseinführung, konsolidiert wird.

Die beiden politischen Parteien, die um die Präsidentschaft konkurrieren, UNE und SEMILLA, erklären sich jedoch bereit, den Kreis der Fachleute zu präsentieren, die den Plan der Regierung umsetzen und zur Erfüllung der Wahlversprechen beitragen sollen.

Sandra Torres von der UNE sagte kürzlich auf einer Pressekonferenz, sie habe kein Problem damit, ihre künftigen Minister*innen vorzustellen. Sie versicherte, dass ihr Kabinett ausgewogen und geschlechtergerecht sein werde. "In den nächsten Tagen werden wir sie einladen und ihnen einige Namen nennen. Ich habe alle guten Absichten, ich bin sehr aufgeregt und hoffe, dass wir es schaffen werden, dass die Hälfte meines Kabinetts aus Frauen besteht", sagte Torres.

Karin Herrera, Vizepräsidentschaftskandidatin von SEMILLA, erklärte während einer Wahlkampftour, dass sie die Grundlagen für ihre zukünftigen Minister*innen vorbereite. "Was das Kabinett betrifft, so arbeiten wir bereits daran, die Anforderungen an die Mitglieder des Kabinetts festzulegen. Sie müssen über Erfahrung in dem Bereich verfügen, für den sie ernannt werden, und ausserdem bereit sein, Rechenschaft abzulegen. Ihre bisherige Berufspraxis muss zeigen, dass es sich um ehrenhafte Menschen mit hohen Managementfähigkeiten handelt", sagte sie.

Dieses erste Angebot der beiden konkurrierenden Parteien gilt bis zum Ende des Wahlkampfes für die zweite Runde, die am 20. August stattfinden wird.

Eine Geste der Transparenz

Die Veröffentlichung der Ergebnisse durch das Oberste Wahlgericht (TSE) verzögerte sich aufgrund von Klagen einer Gruppe politischer Parteien, was zu einer Wiederholung der Überprüfungsanhörungen in allen Abteilungswahlvorständen (JEDs) führte. In der Folge erhob die Staatsanwaltschaft (MP) Klage gegen SEMILLA wegen angeblicher Unregelmässigkeiten bei der Gründung der politischen Partei. Daraufhin ordnete der Strafrichter, Freddy Orellana, die Aufhe-

bung der Rechtspersönlichkeit der Gruppe an und erliess Haftbefehle gegen Anhänger*innen von SEMILLA und Mitarbeiter*innen des Bürger*innenregisters der TSE.

Nach Ansicht von Rubén Hidalgo, dem Direktor des Zentralamerikanischen Instituts für Politische Studien (INCEP), ist es in dieser krampfhaften Situation notwendiger denn je, dass die beiden streitenden Parteien Transparenz zeigen, um eine Botschaft der Ruhe und Klarheit zu vermitteln. "Eine Botschaft, die zur Beruhigung beitragen könnte, ist die, dass die zukünftigen Kandidat*innen dem guatemalteckische Volk und den verschiedenen Sektoren, die sich systematisch gegen die Anerkennung der Gewinner*innen der ersten Runde wehren, zeigen, dass sie Menschen sind, die keine Bedrohung für das System oder einen bestimmten Sektor darstellen", sagte er.

Diese öffentliche Verpflichtung der UNE und der Bewegung SEMILLA stellt nach Ansicht von Hidalgo keine grosse Komplikation dar, da sie bestätigen könnte, wie gut die beiden auf eine Regierungsbeteiligung vorbereitet sind.

Plan und Erfahrung

Die beiden konkurrierenden Parteien sind in der Lage, ihr künftiges Kabinett vorzustellen. Dies wäre ein Zeichen des guten Willens, das sich bei den Wahlen am 20. August zu ihren Gunsten auswirken könnte, meinen die befragten Politologen Allan Ortiz und Francisco Quezada.

Allan Ortiz, ein unabhängiger Politologe, ist der Meinung, dass die SEMILLA-Bewegung einen strukturierten Plan vorgelegt hat, was darauf schliessen lässt, dass sie über das nötige Personal verfüge, um ihn umzusetzen.

"Ich gehe davon aus, dass dieser Regierungsplan nicht von der willkürlichen oder subjektiven Vision der Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidat*innen abhängt, sondern von der Vision eines technokratischen Teams, das gemeinsam diese Räume geschaffen hat", sagte er.

Francisco Quezada vom Zentrum für Nationale Wirtschaftsforschung (CIEN) sieht bei der UNE einen Vorteil: die Erfahrung der Partei in der Regierung, die Basis und die Erfolge, die sie vorzuweisen hat. "Die eine Partei hatte viel Zeit zum Planen, die andere ist in dieser Position improvisiert worden, sie ist keine Partei mit vielen Funktionär*innen und einer Erfolgsbilanz, die andere hat diesen Vorteil. Die eine Partei hat keine Erfahrung, sie hat nicht regiert, sie ist eine sehr vernetzte Partei. Am Ende aber tragen all die Aktivist*innen, die schon da waren, nicht viel zum praktischen Regieren bei", sagte Quezada.

Sollten UNE oder SEMILLA ihr Kabinett nicht vorstellen, wäre dies nach Ansicht der genannten Analysten ein entscheidendes negatives Signal für den zweiten Wahlgang. Ebenso wichtig ist die Kontrolle der Bürger*innen über das künftige Siegerteam, da eine Änderung der Kabinettsliste, falls sie bekannt gegeben wird, eine negative Botschaft vor der Amtseinführung wäre. (Prensa Libre)

In eigener Sache: Noch eine Ausgabe am 16.08., dann eine kurze Sommerpause

Wie in den vergangenen Jahren auch, macht die Redaktion der ¡Fijáte! im Sommer eine Ausgabe Pause. Das heisst, dass wir nach der nächsten Ausgabe (Nummer 786), erscheinend am 16.08., ein Heft aussetzen.

Heft 787 wird dann am 13.09. erscheinen.

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6